

Im Gleichstellungsindex belegte Deutschland mit **66,9 von 100 Punkten** Platz 12 in der EU. Sein Ergebniswert liegt um **0,5 Prozentpunkte** unter demjenigen der EU. Zwischen 2005 und 2017 hat sich das Ergebnis Deutschlands um **6,9 Prozentpunkte** (+ 1,4 Prozentpunkte seit 2015) verbessert. Deutschland macht im Vergleich zur EU schnellere Fortschritte auf dem Weg zur Geschlechtergleichstellung. Es belegt denselben Platz wie 2005.

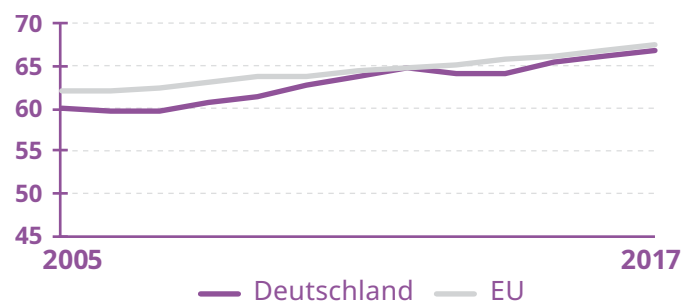
Deutschland hat in allen Bereichen mit Ausnahme der Bereiche Wissen und Zeit Ergebniswerte erzielt, die über den EU-Ergebnissen liegen. Im Vergleich zu anderen Bereichen hat Deutschland den niedrigsten Wert im Bereich Wissen (53,7 Prozentpunkte) erzielt und belegt damit Platz 24 in der EU; den höchsten Wert weist es im Bereich Gesundheit (90,5 Prozentpunkte) aus, wo es an 6. Stelle in der EU steht.

Die größten Fortschritte hat Deutschland im Bereich Macht (+ 22,6 Prozentpunkte) erzielt. In den Bereichen Wissen und Zeit verzeichnet das Land Rückschritte (- 1,6 Prozentpunkte für beide).

Zwischen 2005 und 2017 blieb der Indexwert Deutschlands hinter dem EU-Ergebniswert zurück. Trotzdem hat sich sein Wert schneller verbessert als der Wert der EU insgesamt.

Der Abstand zwischen Deutschland und der EU hat sich im Zeitverlauf verringert.

Deutschland schließt zum EU-Durchschnitt auf

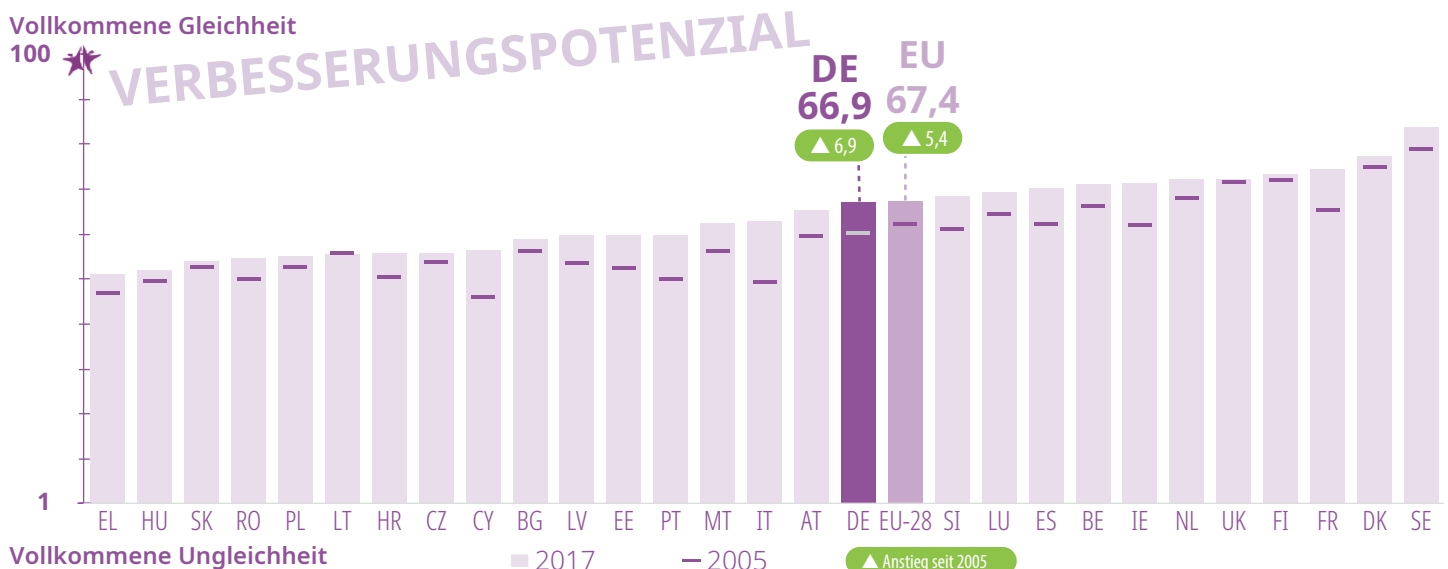


Wir unterziehen jedes Jahr die EU-Mitgliedstaaten und die EU insgesamt einer Bewertung, um herauszufinden, wie weit sie vom Ziel der Geschlechtergleichstellung entfernt sind. Der Index beruht auf einer Skala von 1 bis 100, wobei 1 für vollkommene Ungleichheit und 100 für vollkommene Gleichheit steht.

Die Punkte beruhen auf einem Gefälle zwischen Frauen und Männern und den Graden der Zielerreichung in sechs Kernbereichen: Arbeit, Geld, Wissen, Zeit, Macht und Gesundheit. Es wurden noch zwei weitere Bereiche in den Index aufgenommen, die sich jedoch nicht auf das Endergebnis auswirken. Der Bereich der intersektionalen Ungleichheiten macht deutlich, wie sich geschlechtsspezifische Ungleichheiten in Kombination mit anderen Aspekten wie Alter, Behinderung, Geburtsland, Bildung und Familienstruktur auswirken. Der Bereich Gewalt gegen Frauen misst und analysiert die Erfahrungen von Frauen mit Gewalt.

Der Gleichstellungsindex 2019 vermittelt nicht nur eine Momentaufnahme der Indexwerte, sondern umfasst auch den Themenschwerpunkt „Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben“.

Ergebniswerte des Gleichstellungsindex für die EU-Mitgliedstaaten. 2005 und 2017



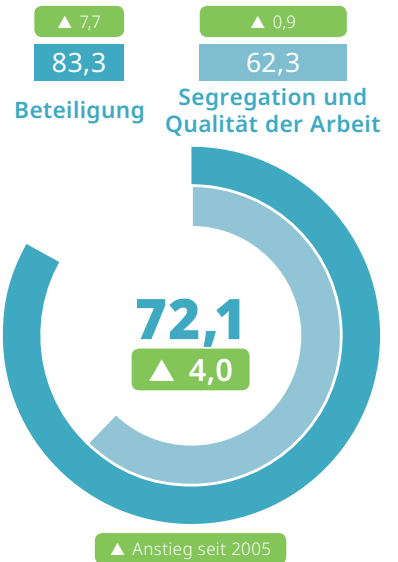


Arbeit

Der Ergebniswert Deutschlands im Bereich Arbeit beträgt 72,1; dies entspricht einem Fortschritt von 4,0 Prozentpunkten seit 2005 (+ 0,7 Prozentpunkte seit 2015). Das Gefälle zwischen den Geschlechtern hat sich im Teilbereich Beteiligung verringert.

Die Beschäftigungsquote (Personen im Alter von 20-64 Jahren) beträgt bei Frauen 76 %, bei Männern 84 %. Außerdem hat Deutschland bei einer Gesamtbeschäftigungsquote von 80 % sein nationales Ziel im Rahmen der Strategie Europa 2020 (EU 2020) von 77 % erreicht. Die Beschäftigungsquote in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) ist zwischen 2005 und 2017 bei Frauen von 35 % auf 42 % und bei Männern von 56 % auf 60 % gestiegen, wodurch sich das geschlechtsspezifische Gefälle (von 21 auf 18 Prozentpunkte) verringert hat. Zwischen Frauen und Männern in Partnerschaften mit Kindern ist die Kluft erheblich größer als bei Paaren ohne Kinder (38 bzw. 6 Prozentpunkte). Das Geschlechtergefälle bei der Beschäftigung in VZÄ ist zwischen Frauen und Männern mit hohem Bildungsstand erheblich kleiner als zwischen Frauen und Männern mit niedrigerem Bildungsstand.

Etwa 47 % der Frauen arbeiten in Teilzeit, bei den Männern sind es dagegen 11 %. Frauen arbeiten im Durchschnitt 30 und Männer 39 Stunden pro Woche. Dieses Gefälle ist eines der höchsten in der EU. Die ungleichmäßige Konzentration von Frauen und Männern in unterschiedlichen Wirtschaftszweigen des Arbeitsmarktes ist nach wie vor ein Problem. So arbeiten rund 31 % der Frauen in den Bereichen Erziehung und Unterricht, Gesundheit und Sozialwesen, im Vergleich dazu nur 9 % der Männer. Es sind weniger Frauen (7 %) als Männer (38 %) in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik (MINT) tätig.

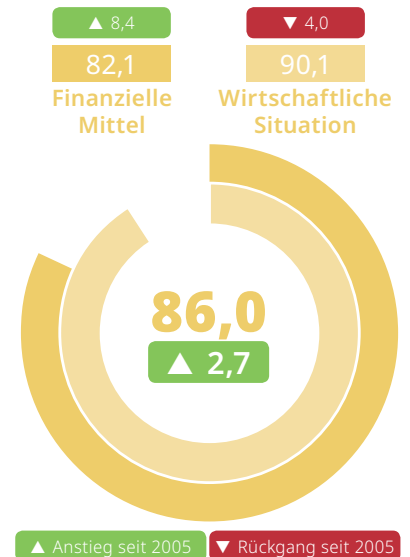


Geld

Das Ergebnis Deutschlands im Bereich Geld beträgt 86,0; dies entspricht einem Fortschritt in Höhe von 2,7 Prozentpunkten seit 2005 (+ 1,8 Prozentpunkte seit 2015), wobei sich die finanzielle Situation von Frauen und Männern verbessert hat; Armut und Ungleichheit bei der Vermögensverteilung haben jedoch zugenommen.

Trotz des Anstiegs des durchschnittlichen monatlichen Einkommens sowohl von Frauen (+ 13 %) als auch von Männern (+ 12 %) in der Zeit von 2006 bis 2014 besteht nach wie vor ein geschlechtsspezifisches Lohngefälle. Frauen verdienen 22 % weniger als Männer. Bei Paaren mit Kindern verdienen Frauen 48 % weniger als Männer (38 % weniger bei Frauen in kinderlosen Partnerschaften). Das Geschlechtergefälle beim durchschnittlichen monatlichen Einkommen besteht über alle Bildungsstufen hinweg fort und ist zwischen Frauen und Männern in höheren Altersgruppen stärker ausgeprägt.

Das Armutsrisiko hat zwischen 2005 und 2017 zugenommen. 17 % der Frauen (+ 4 Prozentpunkte) und 15 % der Männer (+ 4 Prozentpunkte) sind von Armut bedroht. Am höchsten ist das Armutsrisiko für Alleinerziehende (36 %), Alleinstehende (30 %), Menschen mit geringem Bildungsstand, insbesondere Frauen (30 % gegenüber 26 % der Männer) und Menschen mit Behinderung (27 % der Frauen und 25 % der Männer). Die Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung haben sowohl bei Frauen als auch bei Männern im Zeitraum 2005-2017 zugenommen. Frauen verdienen im Durchschnitt von jedem Euro, den ein Mann pro Stunde verdient, 79 Cent, was ein geschlechtsspezifisches Lohngefälle von 21 % ergibt. Das geschlechtsspezifische Rentengefälle liegt bei 38 %.

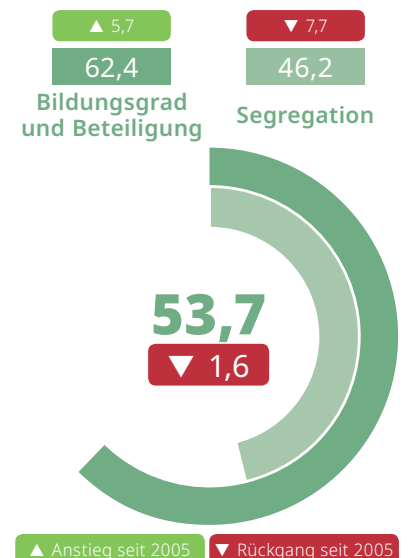


Wissen

Der Ergebniswert Deutschlands im Bereich Wissen beträgt 53,7; dies entspricht einem Rückgang um 1,6 Prozentpunkte seit 2005 (+ 0,8 Prozentpunkte seit 2015). Deutschland ist in der Rangliste um neun Positionen zurückgefallen und belegt jetzt Platz 24 in der EU im Bereich Wissen. In den Teilbereichen Bildungsgrad und Beteiligung sind Verbesserungen zu verzeichnen, im Teilbereich Segregation jedoch Rückschritte.

Die Zahl der Hochschulabschlüsse ist zwischen 2005 und 2017 gestiegen, und im Gegensatz zu den meisten Mitgliedstaaten ist der Anteil der Hochschulabsolventinnen niedriger als der Anteil der Hochschulabsolventen (20 % gegenüber 28 %). Das Geschlechtergefälle beim Bildungsgrad zwischen Frauen und Männern ist bei kinderlosen Paaren (13 Prozentpunkte) und zwischen Frauen und Männern im Alter von 65 Jahren oder älter (20 Prozentpunkte) größer, und zwar zum Nachteil der Frauen. Deutschland hat sein nationales Ziel im Rahmen der Strategie EU 2020 mit 42 % der Menschen zwischen 30 und 34 Jahren mit einem Hochschulabschluss noch nicht erreicht. Die Quote beträgt 35 % (für Frauen und für Männer identisch) und bleibt damit hinter dem Ziel zurück. Das Gefälle zwischen den Geschlechtern bei Hochschulabschlüssen (in der Altersgruppe 30 bis 34 Jahre) in Deutschland ist das niedrigste in der EU. Die Beteiligung an der formalen und nicht formalen allgemeinen und beruflichen Bildung hat sich seit 2005 nicht wesentlich verändert. Rund 14 % der Frauen und 15 % der Männer nehmen in Deutschland am lebenslangen Lernen teil.

Die ungleichmäßige Konzentration von Frauen und Männern in unterschiedlichen Studienfächern an den Hochschulen ist für Deutschland nach wie vor eine Herausforderung. Etwa 41 % der weiblichen Studierenden gegenüber 17 % der männlichen Studierenden belegen die Studienfächer Erziehung und Unterricht, Gesundheit und Sozialwesen oder Geisteswissenschaften und Kunst.



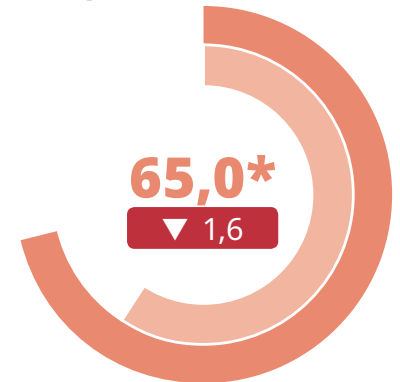


Zeit

Im Bereich Zeit hat sich der Ergebniswert Deutschlands seit der letzten Ausgabe des Index nicht verändert, da keine neuen Daten vorliegen. Die nächste Aktualisierung der Daten für diesen Bereich wird für 2021 erwartet. Häufigere Erhebungen von Daten über die Zeitverwendung wären für eine Beobachtung der Fortschritte in diesem Bereich hilfreich.

Deutschland weist im Bereich Zeit einen Ergebniswert von 65,0 auf und liegt damit nahe am Wert der EU von 65,7. Bei der Aufteilung der Zeit für soziale Tätigkeiten bestehen größere geschlechtsspezifische Diskrepanzen: Frauen nehmen eher weniger an Sport-, Kultur- und Freizeitaktivitäten außerhalb ihrer Wohnung teil (22 % gegenüber 25 % der Männer). Frauen beteiligen sich mehr (16 %) als Männer (13 %) an ehrenamtlichen oder karitativen Tätigkeiten.

Frauen übernehmen den Großteil der Betreuung der Familie, obwohl sich das Geschlechtergefälle seit 2005 verkleinert hat (von 15 auf 7 Prozentpunkte). Die Hälfte der Frauen zwischen 25 und 49 Jahren nimmt täglich Betreuungsaufgaben während einer Stunde oder länger wahr, während dies nur auf 30 % der Männer in dieser Altersgruppe zutrifft. In Partnerschaften mit Kindern betreuen 83 % der Frauen ihre Familie, bei den Männern sind es 61 %. Der Anteil, der mindestens eine Stunde oder mehr Zeit pro Tag für Kochen und Hausarbeit aufbringt, ist bei den Frauen (72 %) höher als bei den Männern (29 %).



▲ Anstieg seit 2005 ▼ Rückgang seit 2005

*Die Ergebnisse wurden seit der Ausgabe 2017 nicht aktualisiert.

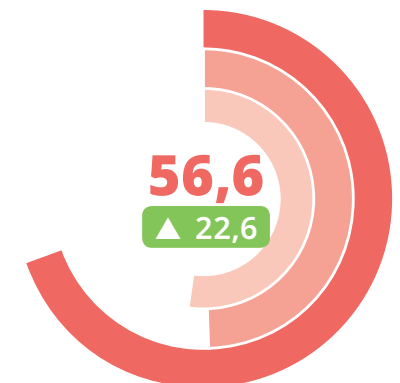


Macht

Der Ergebniswert Deutschlands im Bereich Macht beträgt 56,6; dies entspricht einem Fortschritt von 22,6 Prozentpunkten seit 2005 (+ 3,6 Prozentpunkte seit 2015). Dies ist das niedrigste Ergebnis Deutschlands über alle Bereiche hinweg, auch wenn es sich im Zeitverlauf am stärksten verbessert hat. Deutschland belegt in der EU Platz 8 im Bereich Macht.

Im Teilbereich wirtschaftliche Macht entwickelt sich Deutschland schneller als die EU. Der Anteil von Frauen an den Aufsichtsratsmitgliedern der Zentralbank schnellte zwischen 2004 und 2018 von 0 % auf 25 % hoch. Deutschland hat eine gesetzliche Quote von 30 % Frauen in Aufsichtsräten von börsennotierten und mitbestimmungspflichtigen Unternehmen eingeführt. Der Anteil der Frauen in den Aufsichtsräten der größten börsennotierten Unternehmen ist seit 2005 um 21 Prozentpunkte (von 12 % auf 33 %) gestiegen.

Im Teilbereich politische Macht ist der Anteil der von Frauen besetzten Ministerposten zwischen 2005 und 2018 geringfügig von 42 % auf 40 % zurückgegangen. Der Anteil weiblicher Parlamentsabgeordneter stieg von 31 % auf 32 %, und 31 % der Mitglieder von Landtagen sind Frauen. Im Teilbereich soziale Macht stellen Frauen 40 % der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder in Forschungsförderungseinrichtungen, 34 % der Mitglieder der Vorstände und Aufsichtsräte in öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und gerade einmal 17 % der Mitglieder in den höchsten Entscheidungsgremien nationaler olympischer Sportorganisationen.



▲ Anstieg seit 2005

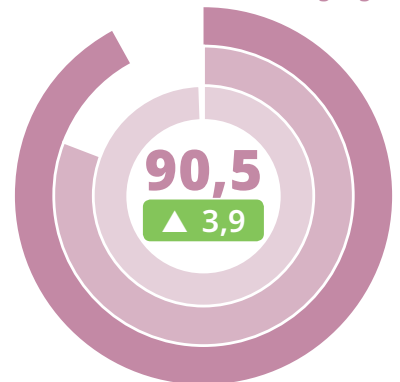


Gesundheitswesen

Der Ergebniswert Deutschlands im Bereich Gesundheit beträgt 90,5; dies entspricht einem Anstieg von 3,9 Prozentpunkten seit 2005 (keine Veränderung seit 2015). Deutschland belegt in der EU Platz 6 im Bereich Gesundheit. In den Teilbereichen Gesundheitszustand und Zugang zur Gesundheitsversorgung wurden Verbesserungen verzeichnet. Für den Teilbereich gesundheitliches Verhalten liegen keine neuen Daten vor.

Der subjektiv wahrgenommene Gesundheitszustand hat sich zwischen 2005 und 2017 bei den Frauen von 58 % auf 64 % und bei den Männern von 63 % auf 67 % verbessert. Die Zufriedenheit mit der Gesundheit nimmt mit zunehmendem Alter ab. Das Gefälle zwischen den Geschlechtern ist zwischen Frauen und Männern mit geringem Bildungsgrad größer (12 Prozentpunkte). Die Lebenserwartung ist sowohl für Frauen als auch für Männer zwischen 2005 und 2016 gestiegen. Im Durchschnitt leben Frauen fünf Jahre länger als Männer (84 Jahre gegenüber 79 Jahren).

Deutschland weist den zweithöchsten Ergebniswert beim Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung in der EU auf. Der nicht erfüllte Bedarf an medizinischer Behandlung ist zwischen 2005 und 2017 bei Frauen und bei Männern erheblich zurückgegangen (von 18 % bei Frauen und von 16 % bei Männern auf 1 % für beide Geschlechter). Nur 1 % der Frauen und der Männer gleichermaßen haben einen unerfüllten Bedarf an zahnmedizinischer Behandlung (2005 waren dies 13 % der Frauen und 14 % der Männer). Frauen und Männer mit Behinderungen berichten über einen etwas höheren unerfüllten Bedarf an zahnmedizinischer Behandlung (4 % für beide Geschlechter) als Frauen und Männer ohne Behinderungen (2 % für beide Geschlechter).



▲ Anstieg seit 2005

*Die Ergebnisse wurden seit der Ausgabe 2017 nicht aktualisiert.



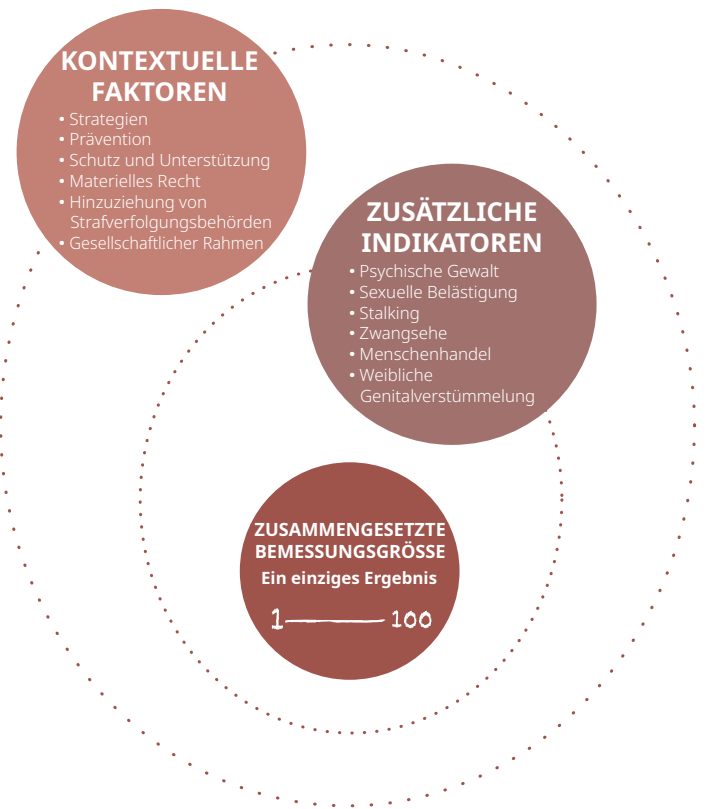
Gewalt

Gewalt gegen Frauen ist sowohl eine Folge als auch eine Ursache der anhaltenden geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in den Bereichen Arbeit, Gesundheit, Geld, Macht, Wissen und Zeit. Im Gegensatz zu anderen Bereichen misst der Bereich Gewalt nicht die Unterschiede zwischen der Situation von Frauen und Männern, sondern untersucht die Gewalterfahrungen von Frauen. Aus diesem Grund wird der Bereich Gewalt bei den Berechnungen des Geschlechtergleichstellungsindex nicht erfasst. Stattdessen wird er als separate zusammengesetzte Bemessungsgröße von drei Aspekten ermittelt: Häufigkeit, Schwere und Offenlegung von Gewalt gegen Frauen. Die Berechnung der Ergebniswerte beruhte auf den Datenergebnissen der Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte des Jahres 2014. Seitdem wurde keine EU-weite Erhebung über geschlechtsbezogene Gewalt mehr durchgeführt. Die Werte können erst nach Abschluss der nächsten Erhebung aktualisiert werden.

Deutschland hat das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Übereinkommen von Istanbul) im Oktober 2017 unterzeichnet und ratifiziert.

Für den Bereich Gewalt werden aktualisierte Daten zu drei zusätzlichen Indikatoren vorgestellt, um Femizid, weibliche Genitalverstümmelung und Menschenhandel zu beobachten. Jedoch nicht alle Mitgliedstaaten erheben diese Daten, und die Datenerhebung muss dringend verbessert werden.

Deutschland verzeichnete im Jahr 2016 164 weibliche Opfer vorsätzlicher Tötungsdelikte im Zusammenhang mit Lebenspartnern und 74 weibliche Opfer, die von einem Familienmitglied ermordet wurden. Schätzungen des EIGE ergeben, dass 6 % bis 17 % von 25 325 Mädchen (der dort ansässigen Migrantinnen und Migranten) von weiblicher Genitalverstümmelung bedroht sind. Statistische Daten über Menschenhandel werden erhoben und gemeldet. 2016 wurden 479 Frauen registriert, die Opfer von Menschenhandel geworden sind. Vergleichbare



Daten, aufgeschlüsselt nach Geschlecht, sind für die Erarbeitung EU-weiter Strategien zur Verhütung und Beseitigung von Gewalt gegen Frauen über alle Mitgliedstaaten hinweg von entscheidender Bedeutung.



Themenschwerpunkt: Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben

Schwerpunkt des Gleichstellungsindex 2019 ist die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben – eine Thematik von großer politischer Bedeutung in der EU. Neben den im Index erfassten Indikatoren zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben (z. B. in den Bereichen Arbeit, Zeit und Wissen) werden im Rahmen dieses Themenschwerpunkts zusätzliche Indikatoren vorgestellt – der Anzeiger der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben (work-life-balance scoreboard, WLB Scoreboard). Das WLB Scoreboard ist übergreifender Natur und erstreckt sich quer durch drei breit gefasste Bereiche: bezahlte Arbeit, unbezahlte Arbeit (Betreuung) und allgemeine und berufliche Bildung. Es umfasst 15 Indikatoren in sechs konkreten Problemfeldern: Elternzeitregelungen; Betreuung von Kindern und Kinderbetreuungseinrichtungen; informelle Pflege älterer Menschen und von Menschen mit Behinderungen und Langzeitpflegeleistungen; Verkehr und Infrastruktur; flexible Arbeitsmodelle; lebenslanges Lernen.

Elternzeitregelungen

Mithilfe der Elternzeit können Eltern ihre Betreuungspflichten und ihr Berufsleben vereinbaren. Allerdings steht Elternzeit häufig für potenzielle Eltern nicht zur Verfügung, da deren Anspruchsberechtigung möglicherweise von Kriterien abhängt wie etwa der Frage, ob die Eltern einer bezahlten Erwerbstätigkeit nachgehen, ob sie abhängig oder selbstständig beschäftigt sind, ferner vom Wirtschaftszweig, in dem sie tätig sind, von der Dauer ihrer Betriebszugehörigkeit; auch gleichgeschlechtliche Paare oder Migrantinnen und Migranten haben möglicherweise keinen Anspruch auf Elternurlaub. Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, wie etwa die Ausbreitung atypischer Beschäftigungsformen (z. B. befristete Verträge und Arbeit auf Abruf, Scheinselbständigkeit und Arbeit auf der Grundlage von

Gutscheinen), geben Anlass zu wachsender Besorgnis in Bezug auf den Zugang von Eltern zu Elternurlaub, insbesondere in Fällen, in denen dieser auf den Definitionen eines traditionellen normalen Arbeitsverhältnisses beruht.

2016 hatten 22 % der Frauen und 12 % der Männer im Alter von 20 bis 49 Jahren (potenzielle Eltern) in Deutschland keinen Anspruch auf Elternurlaub. Der Anspruch auf Elternurlaub ist auf Erwerbstätige beschränkt; auf arbeitslose oder nicht erwerbstätige Frauen und Männer entfiel daher 2016 die Gesamtheit der potenziellen Eltern ohne Anspruchsberechtigung. Unter der Erwerbsbevölkerung hatten in Deutschland alle Frauen und Männer (einschließlich gleichgeschlechtliche Paare) Anspruch auf Elternzeit.

Informelle Kinderbetreuung und Kinderbetreuungseinrichtungen

Da die Zahl der Doppelverdiener- und alleinerziehenden Familien steigt, ergibt sich auch ein neuer Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen. Hochwertige, verfügbare, zugängliche und erschwingliche Kinderbetreuungseinrichtungen sind entscheidend, um Eltern den Zugang zum bzw. den Verbleib auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen und die geschlechtsspezifischen Diskrepanzen bei der Beschäftigung abzubauen.

In Deutschland sind 56 % aller Personen, die Kinder informell betreuen, Frauen. Insgesamt sind 45 % der Frauen und 42 % der Männer in die Betreuung bzw. Erziehung ihrer Kinder oder Enkel mindestens mehrmals pro Woche eingebunden. Im Vergleich zum EU-Durchschnitt (56 % der Frauen und 50 % der Männer) nehmen in Deutschland weniger Frauen und Männer Betreuungs- und Erziehungsaufgaben für ihre Kinder oder Enkel wahr. Die geschlechtsspezifischen Diskrepanzen sind in der Altersgruppe der 20- bis 49-Jährigen (80 % und 74 %) sowie zwischen Frauen und Männern, die im öffentlichen Sektor tätig sind, größer (59 % und 38 %).

Deutschland steht kurz davor, die beiden „Barcelona-Ziele“ zu erreichen, denen zufolge mindestens 33 % der Kinder unter drei Jahren und 90 % der Kinder zwischen drei Jahren und dem schulpflichtigen Alter in einer Kinderbetreuungseinrichtung betreut werden sollen. Insgesamt befinden sich 30 % der Kinder unter drei Jahren in der einen oder anderen Form einer formalen Betreuung, und 22 % der Kinder in diesem Alter werden mindestens 30 Stunden pro Woche in einer formalen Kinderbetreuungseinrichtung betreut. Formale Kinderbetreuung wird von 88 % der Kinder ab dem Alter von drei Jahren bis zum schulpflichtigen Alter in Anspruch genommen (56 % besuchen mindestens 30 Stunden pro Woche formale Kinderbetreuungseinrichtungen). Rund 8 % der Haushalte in Deutschland berichten von einem nicht erfüllten Bedarf an formalen Kinderbetreuungseinrichtungen. Alleinerziehende Mütter berichten eher von einem unerfüllten Bedarf an formalen Kinderbetreuungseinrichtungen (10 %) als Paare mit Kindern (7 %).

Informelle Pflege älterer Menschen und von Menschen mit Behinderungen und Langzeitpflegeleistungen

Verfügbare, zugängliche und erschwingliche Pflegeleistungen und Infrastruktur sind entscheidend, damit Menschen mit Pflegeaufgaben ein gesundes Gleichgewicht zwischen ihren Pflegeaufgaben und ihrem Beruf wahren können. Dies gilt insbesondere für Frauen, die häufiger als Männer ältere Menschen und/oder Menschen mit Behinderungen sowohl formell als auch informell pflegen. Angesichts der sich abzeichnenden demografischen Entwicklungen wie z. B. alternde Gesellschaften, niedrigere Geburtenraten und damit auch eine Abnahme der Erwerbsbevölkerung ist der Bedarf an institutionalisierter ebenso wie informeller Langzeitpflege so groß geworden wie nie zuvor.

Die meisten informell Pflegenden älterer Menschen und/oder von Menschen mit Behinderungen in Deutschland sind Männer (56 %). Deutschland ist der einzige Mitgliedstaat, in dem es mehr männliche als weibliche informelle Pflegenden gibt. Der Anteil der Frauen und Männer, die mehrmals pro Woche oder täglich informelle Pflegeaufgaben für ältere Menschen und/oder Menschen mit Behinderungen übernehmen, beträgt 5 % und 7 %. Der Anteil der Frauen, die informelle Pflegeaufgaben wahrnehmen, liegt 10 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt, während der Anteil der Männer 3 Prozentpunkte darunter liegt. Etwa 8 % der Frauen und 5 % der Männer im Alter von 50 bis 64 Jahren betreuen ältere Menschen und/oder Menschen mit Behinderungen, während dies sowohl bei den Frauen als auch den Männern in der Altersgruppe der 20- bis 49-Jährigen 5 % sind. Rund 58 % der Frauen, die ältere Menschen und/oder Menschen mit Behinderungen pflegen/betreuen, sind erwerbstätig, während bei den Männern 46 % Betreuungsaufgaben und berufliche Pflichten miteinander vereinbaren. Demgegenüber sind in der EU allgemein weniger Frauen als Männer, die informelle Pflege- und Betreuungsaufgaben wahrnehmen, erwerbstätig, und das Gefälle zwischen den Geschlechtern ist in Deutschland kleiner (12 Prozentpunkte gegenüber 14 Prozentpunkten für die EU). In der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen sind 54 % der Frauen, die informelle Pflege- und Betreuungsaufgaben wahrnehmen, erwerbstätig gegenüber 100 % der Männer. Rund 15 % der Frauen und Männer in Deutschland berichten von einem nicht erfüllten Bedarf an professionellen häuslichen Pflegediensten; dies ist die drittniedrigste Quote in der EU.

geaufgaben wahrnehmen, liegt 10 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt, während der Anteil der Männer 3 Prozentpunkte darunter liegt. Etwa 8 % der Frauen und 5 % der Männer im Alter von 50 bis 64 Jahren betreuen ältere Menschen und/oder Menschen mit Behinderungen, während dies sowohl bei den Frauen als auch den Männern in der Altersgruppe der 20- bis 49-Jährigen 5 % sind. Rund 58 % der Frauen, die ältere Menschen und/oder Menschen mit Behinderungen pflegen/betreuen, sind erwerbstätig, während bei den Männern 46 % Betreuungsaufgaben und berufliche Pflichten miteinander vereinbaren. Demgegenüber sind in der EU allgemein weniger Frauen als Männer, die informelle Pflege- und Betreuungsaufgaben wahrnehmen, erwerbstätig, und das Gefälle zwischen den Geschlechtern ist in Deutschland kleiner (12 Prozentpunkte gegenüber 14 Prozentpunkten für die EU). In der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen sind 54 % der Frauen, die informelle Pflege- und Betreuungsaufgaben wahrnehmen, erwerbstätig gegenüber 100 % der Männer. Rund 15 % der Frauen und Männer in Deutschland berichten von einem nicht erfüllten Bedarf an professionellen häuslichen Pflegediensten; dies ist die drittniedrigste Quote in der EU.

Verkehr und Infrastruktur

Der Zugang zu einer erschwinglichen und hochwertigen öffentlichen Infrastruktur einschließlich Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, Gesundheitsversorgung und Verkehrsmitteln wirkt sich auf die Möglichkeiten von Frauen und Männern aus, eine bezahlte Arbeit mit anderen Aktivitäten zu vereinbaren. Die ungleiche Aufteilung von Pflege-/Betreuungsaufgaben und Arbeiten im Haushalt zwischen Frauen und Männern beeinflusst die Art und Weise, in der sie bestimmte Verkehrs- und Infrastrukturleistungen nutzen bzw. benötigen. Die Pendeldauer ist ein guter Indikator dafür, ob eine öffentliche Infrastruktur vorhanden ist, die Frauen und Männer dabei unterstützt oder daran hindert, ihre täglichen Aktivitäten zu vereinbaren.

In Deutschland verbringen Männer mehr Zeit für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte als Frauen (rund 49 Minuten täglich für Männer und 42 Minuten für Frauen). Alleinstehende Frauen verbringen mehr Zeit auf dem Weg zur Arbeit und wieder nach Hause als Frauen, die in Partnerschaften

leben (45 Minuten gegenüber 40-42 Minuten). Alleinstehende Männer bringen für die Wegezeiten zur und von der Arbeit fast genauso viel Zeit auf wie Männer, die in Paarhaushalten mit oder ohne Kinder leben. Bei Frauen ist die tägliche Pendeldauer kürzer als bei Männern, unabhängig davon, ob sie in Teilzeit oder in Vollzeit arbeiten. Teilzeitbeschäftigte Frauen verbringen täglich 45 Minuten auf dem Weg zur Arbeit und wieder nach Hause, während teilzeitbeschäftigte Männer dafür 42 Minuten aufbringen; demgegenüber betragen die Wegezeiten für Vollzeitbeschäftigte 46 Minuten für Frauen und 50 Minuten für Männer.

Allgemein gilt, dass bei Männern die Wahrscheinlichkeit, dass sie direkt zur Arbeit und wieder nach Hause fahren, höher ist als bei Frauen, die eher mehrere Dinge während dieser Wegezeiten erledigen; sie bringen beispielsweise die Kinder zur Schule oder kaufen Lebensmittel ein.

Flexible Arbeitsmodelle

Flexible Arbeitsmodelle, etwa Wechsellmöglichkeiten zwischen Voll- und Teilzeitarbeit, flexible Arbeitszeiten und Telearbeit, eröffnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern normalerweise bessere Möglichkeiten, selbst zu steuern, wie viel, wann und wo sie arbeiten können. Flexible Arbeitsmodelle, die sorgfältig geplant werden, können es einfacher machen, Beruf und Familie zu vereinbaren, sofern die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern dabei berücksichtigt werden. Sie können Menschen, die Kinder oder pflegebedürftige Angehörige betreuen müssen, bei ihrem Einstieg in den Arbeitsmarkt als Vollzeitbeschäftigte unterstützen.

Etwa 53 % der Frauen und 56 % der Männer haben keinerlei Kontrolle über ihre Arbeitszeitregelungen. Der Zugang zu

flexiblen Arbeitsmodellen ist in Deutschland für Frauen besser und für Männer etwas schlechter als in der EU insgesamt, wo 57 % der Frauen und 54 % der Männer keinen Einfluss auf ihre Arbeitszeitregelungen haben. Etwa 53 % der Frauen und 55 % der Männer im privaten Sektor haben keinerlei Kontrolle über ihre Arbeitszeitregelungen. Der Zugang zu flexiblen Arbeitszeiten ist im öffentlichen Sektor schlechter, und Frauen haben eher Zugang dazu als Männer (56 % gegenüber 62 %).

Zwar arbeiten in Deutschland mehr Frauen als Männer in Teilzeit, doch wechselten 2017 weniger Frauen (10 %) als Männer (31 %) von Teilzeit in Vollzeit. Das Gefälle zwischen den Geschlechtern ist hier größer als in der EU, wo 14 % der Frauen und 28 % der Männer von Teilzeit in Vollzeit wechselten.

Lebenslanges Lernen

Aufgrund der kontinuierlichen technischen Weiterentwicklung müssen sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ständig weiterqualifizieren und in Bezug auf neue Entwicklungen und Technologien im Laufe ihres beruflichen Werdegangs stets auf dem neuesten Stand sein. Lebenslanges Lernen ist ein Katalysator für die Geschlechtergleichstellung, denn es bietet Frauen und Männern eine größere Auswahl an möglichen Arbeitsmodellen und mehr Chancen, ihr volles Potenzial auszuschöpfen. Unzureichende finanzielle Mittel und zeitlich bedingte Hindernisse wie z. B. Konflikte mit dem Arbeitszeitplan und/oder familiäre Verpflichtungen können den Zugang von Frauen und Männern zum lebenslangen Lernen versperren. Lebenslanges Lernen kann Frauen nach einer Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit aufgrund von Pflege-/Betreuungsaufgaben beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt helfen.

In Deutschland liegt die Teilnahmequote am lebenslangen Lernen (8 %) unter dem EU-Durchschnitt (11 %), wobei die Unterschiede zwischen den Geschlechtern gering sind (1 Prozentpunkt).

Nicht erwerbstätige Frauen (im Alter von 25 bis 64 Jahren) nehmen eher weniger am lebenslangen Lernen teil (8 %) als nicht erwerbstätige Männer (17 %), wohingegen zwischen erwerbstätigen Frauen und Männern keine geschlechtsspezifischen Diskrepanzen bestehen. Konflikte mit den Arbeitszeitplänen sind für Männer und Frauen gleichermaßen (40 %) ein Hindernis für die Teilnahme am lebenslangen Lernen. Familiäre Verpflichtungen sind den Aussagen zufolge für 47 % der Frauen gegenüber 25 % der Männer ein Hinderungsgrund für die Teilnahme an der allgemeinen und beruflichen Bildung. Familiäre Verpflichtungen sind in Deutschland eher ein Hindernis für die Teilnahme am lebenslangen Lernen als in der EU insgesamt, während für einen Anteil ähnlich dem EU-Durchschnitt Arbeitszeitpläne als ein Hindernis gelten. In der EU geben 38 % der Frauen und 43 % der Männer an, dass ihr Arbeitszeitplan ein Hindernis darstellt, und 40 % der Frauen und 24 % der Männer nennen familiäre Verpflichtungen als einen Hinderungsgrund für die Teilnahme am lebenslangen Lernen.

Mehr zum Gleichstellungsindex unter <http://eige.europa.eu/gender-equality-index>

Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) ist das Wissenszentrum der EU für Gleichstellungsfragen. Das EIGE unterstützt politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger und alle einschlägigen Organe bei ihren Bemühungen, die Gleichstellung von Frauen und Männern in Europa zu verwirklichen, und stellt ihnen hierzu spezifische Fachkenntnisse sowie vergleichbare und zuverlässige Daten über die Geschlechtergleichstellung in Europa zur Verfügung.

© Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen, 2019

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.



Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen
Gedimino pr. 16
LT-01103 Vilnius
LITAUEN

Kontaktdaten

<http://eige.europa.eu/>
[facebook.com/eige.europa.eu](https://www.facebook.com/eige.europa.eu)
twitter.com/eurogender
[youtube.com/user/eurogender](https://www.youtube.com/user/eurogender)
eige.sec@eige.europa.eu
+370 52157444



Amt für Veröffentlichungen
der Europäischen Union